

Bezugspreis:

Wochenblatt 2.-Mtl. monatlich 3.-Mtl. ...

Anzeigenpreis:

Die achtspaltigen Komparativzeilen ...

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion und Expedition: SW. 68, Lindenstr. 3.

Mittwoch, den 9. Juli 1919.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., SW. 68, Lindenstr. 3.

Ratifizierung des Friedens.

Heute berät und beschließt die Nationalversammlung über die Ratifikation des Friedensvertrages.

Sachlich bedeutet die Ratifikation, ebenso wie die Unterzeichnung, nur die Unterwerfung unter äußeren Zwang.

51. Sitzung, Mittwoch, den 9. Juli, 10 Uhr.

Saus und Tribünen stark besetzt. Am Regierungstisch Bauer, Müller, Erberger, ...

Die Eröffnung der Sitzung verzögert sich um 1/2 Stunden. Auf der Tagesordnung steht die erste Beratung des Beschlusses über die Ratifikation des Friedensvertrages.

Die gesetzgebende Nationalversammlung wolle beschließen, die Ratifikation vorzunehmen unter dem ausdrücklichen Vorbehalt: 1. daß vor dem Inkrafttreten der Artikel 227 bis 230 von Lehrern des Völkerrechts ...

2. daß im Interesse der Gerechtigkeit zur Untersuchung der Frage von der Schuld am Kriege ein neutraler Gerichtshof eingesetzt wird.

Müllers Rede.

Reichsminister der auswärtigen Angelegenheiten Müller: Zum Friedensvertrag selbst haben Sie und wir bereits Stellung genommen.

Vertragsverletzung bis zum Äußersten.

Wir müssen ohne Vorbehalt, ohne Hinterhältigkeit in die neuen Pflichten hineingehen. Inwiefern wir sie für unerfüllbar halten, haben wir ausgeführt, als unsere Unterschrift erzwungen wurde.

viertzigjährige Marsch durch die Wüste.

Der erste Schritt auf dem Seidenwege ist die Ratifikation. Wir haben sie zufolge der letzten Note Clemenceaus beschleunigt, da uns die Aufhebung der Blockade in Aussicht gestellt ist.

Sobald der Friedensvertrag auch von den drei der gegnerischen Hauptmächte unterzeichnet ist, was in wenigen Wochen der Fall sein wird, dann haben wir

ein gestückeltes Deutschland,

von dem ein Teil abgerissen ist, der unserem Volke nach Sprache und Ethnie zugehört, ohne daß die Bevölkerung vorher das Recht erhalten, nach freiem Willen über ihre Staatszugehörigkeit zu bestimmen.

Wir wollen aber diese Deutschen versichern, daß wir sie nie vergessen, wie wir auch fest glauben, daß sie niemals unsere gemeinsame Geschichte vergessen und unser gemeinsames Leben nie verleugnen werden.

(Bei Redaktionschluss spricht der Redner weiter.)

Wissell vor dem Rücktritt.

Die Ministerkrise.

Wie bereits bekannt, hat sich das Kabinett gestern, augenscheinlich aus politischen Gründen, mit großer Mehrheit gegen das Wissellsche Planwirtschaftsprogramm gewandt.

Ministerrat in Weimar.

Die Schul- und Kulturpolitik.

Heute mittag um 12 Uhr findet in Weimar eine Kabinetsberatung statt, in der außer den Reichsministern die preussischen Minister Garsch, Haenisch und Seine teilnehmen.

Außerdem werden die Fragen der Kultur- und Schulpolitik geklärt werden. Zwischen unseren Vertretern in der Reichsregierung und der preussischen Regierung hatten sich gewisse Meinungsverschiedenheiten entwickelt, die ihren Ursprung in der veränderten Zusammensetzung der Reichsregierung hatten.

Kein Reichserrat in Hessen.

Eine bedauerliche Falschmeldung.

Eine sonst besser informierte Berliner Nachrichtenquelle hat am gestrigen Abend eine Meldung herausgebracht, die der „Deutschen Zeitung“ Anlaß gibt, den Genossen Ulrich, den heftigen Ministerpräsidenten, des Hochrats und der Korruption zu beschuldigen.

Diese Meldung stellt die Tatsachen auf den Kopf. Bei den vom Genossen Ulrich unternommenen Schritten handelt es sich gerade umgekehrt um einen Kampf gegen die französischen Aspirationen auf die rheinischen Gebiete.

Die Arbeit des Nürnberger Gewerkschaftskongresses.

Von A. Grigorjanz.

Der Sozialismus, das Ringen um die Beseitigung der privatkapitalistischen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung, das ist es, was im Mittelpunkt aller Meinungskämpfe auf der eben geschlossenen Nürnberger Tagung stand.

Ueber die Sozialisierung referierte Paul Umbreit, der Hauptredaktor des „Correspondenzblattes der Generalkommission“. Korreferate hielten Rudolf Silferding, der Chefredakteur der „Freiheit“, und Hedert-Edemius von den Kommunisten.

Bemerkenswerterweise berührte Paul Umbreit die Frage der „gebundenen Planwirtschaft“ mit keinem Wort. Das kann nach Lage der Dinge nicht anders verstanden werden, als daß in den leitenden Gewerkschaftskreisen der Plan Wissells mit großer Skepsis betrachtet wird.

War so das Sozialisierungsproblem an sich kein Gegenstand tiefergehender Meinungsverschiedenheiten zwischen rechts und links auf dem Kongreß, gelangte man in rein gewerkschaftlichen Fragen oftmals zu einstimmigen Beschlüssen, so tat sich in der Beurteilung der Tätigkeit der Generalkommission während des Krieges und ferner in der Stellungnahme zum Rätesystem ein klaffender Gegenstoß auf.

position Kenntnis genommen und ihr zu den vier wichtigsten programmatischen Punkten der Tagesordnung ohne weiteres das Recht auf Korrekturen zugestanden. Noch weiter ist man gegangen und zur Frage der Sozialisierung, wie erwähnt, den beiden oppositionellen Grundansatzungen je ein Korrekturen zugestimmt.

Die Gegenfrage pläthert wiederholt auf das heftigste aufeinander. Dittmann, der Sprecher der Opposition, war in seinem Auftreten wenig glücklich. Leider keinen einzigen frischen Gedanken konnte er vordringen, und er las mit großer Ausdauer aus einem mitgebrachten großen Haufen von Schriften allerhand Pläne, um die Kriegssünden der Generalkommission zu brandmarken. Carl Regien stellte in seinem Schlusswort fest, daß es nicht die gewerkschaftliche Tätigkeit der Generalkommission, sondern die abweichende politische Auffassung war, die den Gegenstand der Angriffe bildete. Es wurde von keinem der Oppositionsredner — und die Debatte ergoß sich beinahe zwei volle Tage — mit einem einzigen Worte erwähnt, wie die Generalkommission zur Wahrnehmung der wirtschaftlichen Interessen der Gewerkschaftsmitglieder im Rahmen der jeweilig gegebenen Verhältnisse anders handeln sollte und mußte.

Die Debatte über die zwei anderen programmatischen Beratungspunkte: „Richtlinien für die künftige Wirksamkeit der Gewerkschaften“ und „Die Arbeitsgemeinschaft der industriellen und gewerblichen Arbeitgeber und Arbeitnehmer“ wurde nach beiden Referaten und nachdem Richard Müller zu beiden Punkten gesondert je ein Korrekturen gehalten hatte, verbunden. Auch hier wurden weniger die Richtlinien, die Selbstverständliches enthalten, als die Gründung der Arbeitsgemeinschaft angegriffen. Der Arbeitsgemeinschaft wurde das Räteystem gegenübergestellt. Es fehlte nicht an Vorwürfen, wie Verrat und dergleichen mehr. Das wesentliche aber ist, daß nach Richard Müller nicht nur dem Sozialismus eine auf viele, viele Jahre berechnete Uebergangsperiode mit privatkapitalistischen Wirtschaftsformen vorangehen werde, sondern daß sich das Räteystem erst entwickeln müsse. Das Räteystem ist das große Unbekannte, dessen Umrisse auch seinen Befürwortern wenig klar erscheinen. Wenigstens ist auf dem Kongress kein die Dunkelheit erhellendes Wort gefallen, und Richard Müller, der an einem Tage (am Donnerstag) außer zwei Korrekturen noch ein Schlusswort, also im ganzen etwa 4 Stunden gesprochen hat, wurde förmlich durch Jurise bestimmt, doch endlich die positive Seite mal zu entwickeln. Da diese aber in Dunkelheit gebüllt ist, da die privatkapitalistische Wirtschaftsweise nicht von heute auf morgen verschwinden kann und wird, bedarf es Einrichtungen zur Schlichtung der Gegensätze und Herbeiführung einer befriedigenden Zusammenarbeit. Diese Einrichtungen sind eben die Arbeitsgemeinschaften, die stehen und fallen mit dem Grundgedanken völliger uneingeschränkter Gleichberechtigung der Arbeiter und der Arbeitgeber. Die Gewerkschaften gehen hierbei nicht ein Lipfchen von ihrem Charakter, ihren Bestrebungen und ihren Zielen auf.

Der Kongress beschloß, die freien Gewerkschaften Deutschlands, die bis heute in der Generalkommission ihre geistige und führende Spitze hatten, in einen Bund mit dem Namen Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund zusammenzufassen. Von nun an gibt es keine Generalkommission mehr, sondern — Bundesvorstand, keine Vorstandskonferenz — sondern Bundesauschuss. Der neue Bund umfasst gegenwärtig 540000 Mitglieder! Eine Riesenorganisation, der es beschieden sein möge, bei aller Verschiedenheit der Auffassungen innerhalb ihrer Reihen, die Einheit des Bandens zu bewahren! Welch gewaltige Hoffnungen dieses riesige Anwachsen der deutschen Gewerkschaften erweckt, kann nur der ermessen, dem die Bedeutung der gewerkschaftlichen Arbeit für die Befreiung der Arbeiterklasse und ihre wirkliche Macht klar vor Augen liegen. Jedenfalls den Gegnern der Arbeiterklasse ist diese Bedeutung nicht zweifelhaft. Daher muß innerhalb der Klassenbewussten Arbeiterklasse alles darangesetzt werden, damit die Einheit der Gewerkschaftsbewegung erhalten bleibt. —

Mich friert.

Von Artur Hildner.

Es war eine Sommernacht. Ich war im hauen Tag durch Würtemberg gefahren, nun verließ ich in Nürnberg das dunstige Weid. Der breite Bahnhofsplatz lag unbetet im weichen Licht der Bogentampen. Müdigkeit ließ mich kaumelos, ich stieß den bequemen Rauch schlechten Shags durch die Nase, um mich wach zu halten. Im Schatten der Stadmauer und des dicken Turms ging ich hinab in den Stadtgraben und suchte mir eine Bank zum Ausruhen. Dabei krüppelte ich in der Kühle, schwerer nächtiger Miederduft schlug durch die Wäpde.

Reflumendes Gefühl der Verlassenheit schenkte den Schlaf. Die Sterne blinkten geruchsam, unendlich fremd und fern. Ich hörte meinen Atem neben den Geräuschen der Nacht; mir war, als stände ich außer mir und gewänne überlegen-müßelndes Interesse an der trostlosen Tochter meines Seins.

Langsame Schritte wurden hörbar im Sande. Ein Schatten fiel voran über den mondlichen Weg. Der Fremde setzte sich zu mir auf die Bank.

Wir hockten lange Zeit schweigend nebeneinander, den Kopf in die Hände gelegt, Kurzmähren reißten verhallend die Viertelstunden auf.

Schließlich bot der Fremde mich heiser um Feuer, zum Dank gab er mir eine Zigarette. Im Aufsuchen des Streichholzes sah ich für eine Sekunde sein Gesicht, scharfgeschnittene Züge unter tiefen Augenhöhlen. Die Zigarette schien ihn anzuregen, er wandte den Kopf und sagte: „Bist du fremd?“

„Ja — und du?“

„Obdachlos. Aus dem Krankenhaus entlassen. Ins Asyl möchte ich nicht gehen, heute wenigstens nicht. Es ekelte mich an.“

„Es wird sich doch Arbeit finden lassen“, meinte ich. Eine Pause folgte. Heftig antwortete er dann:

„Ja doch, ja . . . natürlich, das wird sie. Aber ich kann mich nicht hineinfinden. Ich habe nicht mehr lange zu leben, und die Qualerei gibt mir den Rest. Es bleibt sich alles gleich, weil ich an nichts mehr Freude und zu nichts mehr Kraft habe. Früher bin ich in den Dingen aufgegangen, in der Liebe, in der Arbeit, in hohen Zielen; das ist jetzt vorbei, weil ich an nichts mehr glauben kann.“

„Nein“, sagte ich bestimmt, „das ist falsch! Man darf aus der eigenen Schwäche nicht auf die Richtigkeit der Umwelt schließen.“

Er schaute des Einwurfs nicht und sprach nur leiser, wie für sich, weiter. „Die Menschen sind schlecht, nur auf sich bedacht, und das, was sie gut und heilig nennen, sind nur Selbsttäuschungen von besonderer Kugelform. Für Feinschmecker, die das harte

Faule Wiße statt Antworten.

Das Verlegenheitsgestammel der „Freiheit“.

Vor ein paar Tagen haben wir an die „Freiheit“ verschiedene Anfragen gerichtet, die ihre eigene Spigelorganisation betraf. Nach dem Prinzip: „Du mußt es dreimal sagen“, wartete die „Freiheit“ erst die dreimalige Wiederholung unserer Anfrage ab und erst als sie sah, daß wir durch ihr verlegenes Schweigen und nicht von dem Gegenstand würden abbringen lassen, entschloß sie sich zu einer Antwort. Zunächst sucht sie den Spigel umzukehren, indem sie behauptet, wir schwiigen hartnäckig über die Tatsache, daß die Regierung seit Januar „eine ausgezeichnete Spigelorganisation“ bestimme, wie sich der berufene Vertreter der Reichsregierung in einer Pressefestsung geäußert habe. Unsere Antwort darauf ist sehr einfach: Die Behauptung der „Freiheit“ ist eine glatte Lüge. Wie von maßgebender Seite mitgeteilt wird, ist eine derartige Äußerung in einer Pressefestsung niemals gefallen. Daß die verantwortlichen Stellen im übrigen den verbrecherischen Wünschen wilder Aufwühlungen vorbeugen müssen, versteht sich von selbst, und gerade auf die Existenz solcher Verschwörungen mit dem Ziel bewaffneter Erhebung bezogen sich ja unsere Anfragen an die „Freiheit“. Aber was hat die „Freiheit“ darauf zu antworten? Faule Wiße und verlegenes Gestammel. Hier ihre Antwort im Wortlaut:

Frage 1: Ob wir erklären wollten, daß nirgends in Deutschland, wenn auch nicht von bestimmten Parteien ausgehend, geheime Verschwörungen mit dem Ziel bewaffneter Erhebung beständen. — Verschwörungen bestehen zweifellos, doch kann der „Vorwärts“ die genauen Pläne dieser Verschwörung viel leichter als wir vom Korps Rütow oder von irgendeiner anderen Zentrale der putschklüsternden Offizierskamarilla erhalten.

Frage 2: Ob wir erklären wollten, daß es keine unabhängigen und kommunistischen Spigel in Regierungsstellen und bei Truppenteilen gibt? — Da bekanntlich die Regierung mit Vorliebe ihre Beamten und Offiziere der Reihen der Unabhängigen und kommunistischen Partei entnimmt, ist ihre Zahl riesengroß und wächst mit jedem Tage.

Frage 3: Ob wir erklären wollten, daß für Informationen aus dem Ebenholz dem Ueberbringer nicht gezahlt worden sei? — Das ganze Ebenholz, d. h. die Zentrale der Garde-Kavallerie-Schützen-Division, wird bekanntlich aus den Mitteln der Unabhängigen Sozialdemokratie unterhalten, die diese Truppe zu ihrem Stützpunkt ins Leben gerufen hat und dauernd aus den zu ihrer Verfügung stehenden Milliarden unterhält. Ribbin steht auch der ganze Spigelapparat der Garde-Kavallerie-Schützen-Division im Dienst der Unabhängigen Partei und der „Freiheit“!

An diesem Gerede ist nur ein festzustellen, daß die „Freiheit“ keine Möglichkeit hat, unsere klaren Fragen mit einem ebenso klaren „Nein“ zu beantworten. Und dazu hat sie ihre guten Gründe, denn sie weiß sehr wohl, daß bei dreifachem Abkneipen ihr mit einem erheblichen Material gedient werden könnte. Die sachliche Bedeutung dieses verlegenen Geredes ist folgende:

Die „Freiheit“ gesteht zu, daß geheime Verschwörungen mit dem Ziel bewaffneter Erhebung bestehen, die „Freiheit“ gesteht zu, daß unabhängige und kommunistische Spigel in Regierungsstellen und Truppenteilen stehen, die „Freiheit“ gesteht zu, daß diese Spigel für ihre Dienste mit klingender Münze belohnt werden. — Mehr wollten wir nicht wissen.

Erzbergers Steuerprogramm.

Die Rede des Reichsfinanzministers Erzberger vor der Nationalversammlung hat uns die Richtlinien der künftigen Steuerpolitik des Reiches gebracht. Die Einzelauflösung der Steuern ist bereits an dieser Stelle erfolgt. Wir verzichten daher darauf, sie aus diesem Anlaß noch einmal kritisch zu beleuchten. Wichtiger ist das Grundgedachte. Erzberger hat sich zu dem Gedanken bekannt, daß Gerechtigkeit, Arbeit und Vaterland die Parole sein soll, die auch für die Steuerpolitik und für die Erholung des Reiches aus seinem wirtschaftlichen Tiefstand gilt. Und er ist offenbar davon überzeugt, daß diese Grundätze bereits in den ersten Steuerentwürfen, der Hinterlassenschaft von Schiffen und Dornburg, so weit als möglich durchgeführt worden sind. Daran ist freilich noch vieles zu bemängeln.

Was das Lebens mit Illusionen und erhabenen Selbsttäuschungen belegen.“

Er hockte auf; Husten schüttelte ihn. Dann zog er die Jade fester an sich.

„Mich friert . . . Die Menschen gehen aneinander vorbei, sehen und denken aneinander vorbei. Was sie bindet, ist die Sucht, sich gegenseitig zu mißbrauchen. Sie suchen das durch Lügen zu verschleiern, oder es ist so. Das arme Luder aber ist immer verlassen und allein, solange es die Bessergestellten nicht mit ihrem Mitleid belästigen. Mit den Armen, mit denen man die buntsten Teufel erzieht, die es annehmen. Es ist so entsetzlich kalt auf der Welt, erbarmungswürdig ist nur, daß es die meisten nicht einmal merken wollen. Ich hoffe die Unterbrüder nicht so sehr — denn sie wissen, was sie wollen — als die nachweisen Fröhlichkeit, die mit ihrem Giropopie das kraurige Dasein zum Schauspiel machen wollen. Im Gegensatz zu den Ernsthaftigkeitsmimikern, so die bittere Freude an der schlechten Komödie mit ihrem Sermon verderben.“

Die Jugend stoffte sich in mir hoch: „Bin alles von allem“, sagte ich spöttisch, „wenn auch anders, als du es zu nennen beliebt. Und bin dabei ein Stück von dir, willst du es auch nicht wahr haben.“

Daß doch die Menschheit über den Planeten lugeln, wenn sie nur vernünftig genug ist, sich nicht selbst weh zu tun. Freilich, da ist der Falen. Zugleich aber ein Ziel für den Kampf. Ich fühle die Kraft dazu!“

Wir reichten uns die Hände. Ich lief durch die Strohen und sah es Morgen werden.

Das Reformwerk der Bühnenleute.

Die vier großen Organisationen der Bühnenleute haben soeben getagt und folgende Entschlüsse gefaßt: Die in Wilddorf-Rothenburg a. L. zu einer Tagung versammelten Vertreter des Deutschen Bühnenvereins, der Genossenschaft Deutscher Bühnenangehörigen, des Verbandes Deutscher Bühnenschauspieler und Bühnenkomponisten und der Vereinigung der Bühnenverleger halten an dem von ihnen unternommenen Reformwerk fest und bilden zu dessen Durchführung und Ausgestaltung eine Loxi- und Arbeitsgemeinschaft. Sie erblicken in dem festen Zusammenschluß aller am Theater Wirkenden den sichersten Weg zu einer gezielten Fortentwicklung der deutschen Bühne auf künstlerischem wie auf sozialem Gebiet.

Von dem Willen befeelt, allen bewährten und allen aufstrebenden Kräften den weitesten Spielraum zu ihrer Entfaltung zu bieten und namentlich der Persönlichkeit keinerlei hammonde Schranken zu ziehen, glauben sie doch, daß die künstlerische Freiheit nur dann gesichert ist, wenn die wirtschaftlichen Interessengruppen durch die Beseitigung individueller Willkür, durch die Aufstellung von bindenden Regeln für den Geschäftsbetrieb und durch

Die Kritik aber darf nicht zu einer weiteren Verzögerung der Durchführung des Steuerprogramms verleiten. Genosse Keil hat richtig hervorgehoben, daß der größte Fehler dieser Rede der sei, daß sie zu spät gehalten wurde. In der Tat können wir den großen Optimismus, mit dem Herr Erzberger trotz der drückenden Sorgen um Deutschlands Finanzmisere an sein neues Arbeitsfeld herantritt, nicht teilen. Es kommt aber jetzt vor allem darauf an, daß die Steuerprogrammen, wie man im Parlament zu sagen pflegt, unter Dach und Fach gebracht werden und daß selbst eine Regelung, die nicht bis zum letzten Ende den sozialistischen Anforderungen entspricht, endlich einmal zur Tat wird, ehe der Vermögensabfluß ins Ausland noch größere Dimensionen angenommen hat als bisher.

Hat man doch bereits versucht, die Vermögensabgabe mit Rücksicht auf etwaige Eingriffe der Entente in unsere Steuerpolitik so lange hinauszuschieben, bis die Wiedergutmachungssummen festgelegt sind. Davon kann unsere Erachtens gar keine Rede sein. Wir haben keine Veranlassung, aus hinterhältiger Angst der Entente unsere wirtschaftlichen Möglichkeiten zu verheimlichen. Will sie uns erdroffeln, so gelingt es ihr auch ohne dieses Mittel. Will sie uns aber wirklich entgegenkommen, so muß eine Vogel-Strauß-Politik den überlittenen Einbruch gerade auf diejenigen Führer der Entente machen, die für unsere Notlage auch nur eine Spur von Verständnis haben. So tritt nun auch der Zentrumssozialismus in einer anscheinend vom Reichsfinanzministerium beeinflussten Notiz der Auffassung entgegen, daß die Vermögensabgabe noch hinausgeschoben werden kann.

Erzbergers Bekenntnis zur Steuerfouveränität des Reiches und zu einer Verbindung der Steuerpolitik mit dem Sozialisierungsgedanken muß uns als Sozialdemokraten sympathisch berühren. Die Last, die zu tragen ist, und die sowohl die Finanzierung des Reiches wie die Wiedergutmachungskosten in sich schließt, ist ungeheuer groß. Und es ist keine rosige Aussicht, daß eine in ihren Grundfesten erschütterte Volkswirtschaft und eine durch den Krieg bis zum äußersten zermürbte Arbeiterschaft jährlich Beträge aufbringen soll, die sich insgesamt auf ein Viertel hundert Milliarden beziffern. Sparsamkeit und Arbeit sind die ersten Vorbedingungen dafür, daß dies überhaupt möglich wird. Sie durch eine von allen Interessententreibungen unberührte Gerechtigkeit zu einer erhabenen Pflicht des ganzen Volkes zu machen, das ist eine Aufgabe, die des größten Staatsmannes aller Zeiten würdig wäre. Ob das heute möglich ist, muß man bezweifeln. Doch dürfen diese noch so begründeten Zweifel keinesfalls einer unverantwortlichen Bankrottspolitik Vorschub leisten. Diese hat auch Erzberger von sich gewiesen. So bleibt uns in der Tat nur die Möglichkeit, durch zähe Arbeit hereinzuholen, was durch jahrelange Mißwirtschaft in der deutschen Finanzgebarung vernachlässigt worden ist. Und auch hier werden manche gutgemeinten Sonderwünsche zurückzustellen sein im Interesse einer raschen Erfüllung der wichtigsten und unerlässlichen Forderungen, die das Reich zu stellen hat.

Das Gesamtergebnis der neuen Vermögensabgabe wird, wie die „Germania“ nach zuverlässiger Quelle mitteilt, Schätzungswerte auf drei Milliarden jährlich, somit auf die Dauer der Vermögensabgabe auf ein Gesamtergebnis von etwa 90 Milliarden geschätzt. Der Beitrag der Kriegsgewinnsteuer wird für 9 Monate auf 10 Milliarden geschätzt.

Fortdauer des französischen Bergarbeiterstreiks.

Bern, 8. Juli. Die Grubenarbeiter von St. Etienne haben einen Schiedsspruch der Regierung angenommen. Die Streikenden in Calais haben sich bereit erklärt, die Wachungsabteilungen in den Gruben wieder einzuführen, wenn die Truppen zurückgezogen würden. Der Streik selbst wird fortgesetzt.

die Einsetzung von obligatorischen Schiedsgerichten ausgeglichen werden.

Nach noch außen hin wollen sie künftig bei großen entscheidenden Fragen des deutschen Theaterlebens ihr Votum gemeinsam in die Bogenschale werfen, insbesondere zur Mitbestimmung bei behördlichen und gesetzgeberischen Maßnahmen. Sie sind davon überzeugt, daß eine auf solcher Ordnung beruhende Bühnenkunst befähigt und berufen ist, den Wiederaufbau Deutschlands durch geistige Kräfte zu fördern und die hohen volkswirtschaftlichen Aufgaben zu erfüllen, die eine neue Zeit ihr in gesteigertem Grade stellt.

Notizen.

— Zum hundertsten Geburtstag Gottfried Kellers veröffentlicht Max Hochdorf zwei Bücher, die sich mit allen Problemen der modernen Kellertorschung auseinandersetzen. Die erste Schrift „Zum geistigen Wille Gottfried Kellers“ (Amalthea-Verlag, Wien) zeigt den genialen Schweizer besonders als einen Anreger aller modernen Wirklichkeitsbeachtung. In dem zweiten Werke „Gottfried Keller in europäischen Gedanken“ (Rascher u. Co., Zürich) werden alle geistigen Verwandten des Schweizeres herangezogen, und diese Brüderchaft reicht von dem Berliner Maler Adolf Menzel bis zu dem Franzosen Anatole France.

— Gedanken zur Hochschulereform. Unterstaatssekretär Dr. E. G. Veder entwickelt in einer soeben im Verlag von Quelle u. Meyer, Leipzig, erschienenen Schrift seine Auffassung von den Wegen, die bei der Umgestaltung unserer Hochschulebetriebs eingeschlagen werden müssen, um von den mittelalterlichen Organisationsformen und dem ebendort wurzelnden Lehrbetriebe loszukommen. Die Schrift geht auf die einzelnen Fragen mit voller Sachkenntnis ein; sie kostet 2,50 M.

— Die Münchener Festspiele werden vom 25. Juli bis zum 6. September dauern. Das Programm ist erweitert. Neben Festspielen aus dem Gesamtgebiete der deutschen Oper werden Schauspielaufführungen erfolgen, die außer dem Hofischen auch das zeitgenössische Drama zu Worte kommen lassen. Die Gesamtleitung hat Viktor Schwanneke, der Intendant des Münchener Nationaltheaters, die Opernleitung Bruno Walter, die Schauspielleitung Albert Steinbrück.

— Der gang im Schulschwimmen. Der sächsische Turnlehrer-Verein veranstaltet in der Zeit vom 12.—15. Juli in Dresden einen Lehrgang für Lehrer und Lehrereinen zur Einführung in das Schulschwimmen. Meldungen an Lehrer Georg Thiele, Dresden-N. 23, Ratonenstraße 221.

— Hohe Bühne für Ballbesucher. In den Londoner Clubs und Hotels, wo regelmäßig Bälle abgehalten werden, fehlt es außerordentlich an Tanzern; deshalb haben die Veranstalter dieser Bälle eine Organisation ins Leben gerufen, die den unglücklichen Damen Länger herbeischafft. Diesen Längern werden für den Abend 5 Guineen, das sind über 100 M. nach Friedenswert, bezahlt. Vor allem lassen sich demobilisierte Offiziere für diese „Arbeit“ gewinnen.

Marx verhaftet und wieder freigelassen.

Wegen Verdachts der Begünstigung.

Der Führer des Allgemeinen Verbandes der deutschen Bankbeamten, Marx, ist, wie eine Sozialkorrespondenz meldet, am gestrigen Dienstagabend verhaftet, nach kurzem Verhör aber freigelassen worden.

Die Behörde hatte kurz nach dem Aufstehen Emons Kenntnis davon erhalten, daß der Gesuchte sich in Berlin befindet und in der Versammlung der Bankbeamten gesprochen habe. Da Marx die Anwesenden nun aufgefordert hatte, den Saal nicht zu verlassen, nachdem Emons seine Rede beendet hatte, nahm die Polizei an, daß Marx die Flucht Emons verschleierte und seinem Kollegen beifällig sein wollte. Aus diesem Grunde wurden Beamte entsandt, welche den Auftrag hatten, Marx sofort vorzuführen. In dem Augenblick, als der Bankbeamtenführer den Berliner Vollzugsrat in den Zellen verließ, wohin er sich nachts begeben hatte, wurde er verhaftet und nach Moabit gebracht, wo er über den Aufenthalt und das Erscheinen Emons vernommen wurde. Da Marx in Abrede stellte, von dem Aufenthalt des Geflüchteten in Berlin etwas gewußt zu haben, wurde er kurz nach Mitternacht wieder entlassen.

Oesterreichs Abänderungsvorschläge zum Friedensvertrag.

St. Germain, 8. Juli. Der Staatskanzler Renner ließ dem Ministerpräsidenten Clemenceau eine Note mit einer ausführlichen Denkschrift zu den wirtschaftlichen Klauseln des Friedensvertrages mit Ausnahme der handelspolitischen Bestimmungen sowie Gegenvorschläge für jede einzelne wirtschaftliche Klausel überreichen. Die Note verweist darauf, daß die ehemalige österreichische Regierung in wirtschaftlichen Kriegsmassnahmen sich weitestgehende Zurückhaltung auferlegte und mit größerer Rührigkeit vorging, als irgendeine am Kriege beteiligte Regierung. Um so unermesslicher und härter trifft es uns, daß nach den Bestimmungen des dritten und vierten Abschnittes der wirtschaftlichen Klauseln der deutsch-österreichischen Volkswirtschaft alle Klüfte, die sich auf dem Gebiete der alliierten und assoziierten Staaten befinden, entzogen werden sollen. Die Note verweist auf die außerordentlich bedauerliche und kritische Situation Deutschösterreichs und bemerkt: Bei dem Zustande vollständiger Erschöpfung, in dem wir uns befinden, müßte die Durchführung des in den erwähnten Abschnitten vorgesehenen Systems Schwierigkeiten hervorrufen, die vom Standpunkte der Lebensmöglichkeiten des deutschösterreichischen Volkes geradezu verhängnisvoll wären. Wenn auch Deutschösterreich die schweren Folgen des unglücklichen Krieges zu tragen haben wird, so werden doch die alliierten und assoziierten Mächte nicht die wirtschaftliche Vernichtung Deutschösterreichs wollen, die niemand nützen, das deutschösterreichische Volk aber zur Verzweiflung treiben und unser Land zum Mittelpunkt sozialer Unruhen machen würde. Die Note wiederholt schließlich den Antrag, die Verhandlungen über die Regelung der privaten und wirtschaftlichen Beziehungen zwischen den Angehörigen der ehemaligen österreichisch-ungarischen Monarchie einer Kommission unter dem Vorsitz von Delegierten der alliierten und assoziierten Großmächte zu übertragen und den Friedensschluß von dem Zeitpunkte unabhängig zu machen, an dem diese Kommission ihre Aufgaben gelöst haben wird.

Die Unruhen in Italien.

Bern, 8. Juli. Die Beredsamkeiten über die Herabsetzung der Lebensmittelpreise haben in Italien den erwarteten Erfolg nicht gehabt. Ruhe herrscht nur in den Städten mit geringen oder gar keinen Besatzungen. In vielen Orten wurde auf neue der Generalstreik erklärt. Die Unruhen führen überall zu ausgedehnten Plünderungen und Zusammenstößen mit der bewaffneten Macht.

In Genoa stürzte die Menge ein Polizeigebäude, wobei eine Person getötet und dreißig verwundet wurden. In Neapel ruht der Hafenbetrieb. Hier wie in Catania, Bari und Tarent wurden viele Geschäfte geplündert und Schiffe am Ausfahren gehindert.

In Rom kam es zu vereinzelt Tumulten. Die Polizei will in Rom ein anarchistisches Komplott entdeckt haben, das die Beschaffung von Waffen und Munition für einen Landstreich auf die öffentlichen Gebäude bezweckt.

Die internationale Arbeiterkonferenz.

Die Vorbereitungsarbeiten.

Hong, 9. Juli. (S. R.) Die „Times“ erzählt, daß die Vorbereitungen zur internationalen Arbeiterkonferenz in Washington große Fortschritte macht. Die Organisationskommission hat eine Reihe von Fragen bezüglich der Arbeitszeiten bereits in Erwägung gezogen und ihre Beschlüsse allen Staaten, die bereits Mitglieder des Völkerbundes sind oder es demnächst werden, unterbreitet. Es sind sogar bereits Antworten eingetroffen, die in fünf verschiedenen Berichten zusammengestellt werden. Man hofft, daß diese Berichte vollständig fertig sein werden und den Delegierten zugestellt werden können, bevor sie der Konferenz zugestellt werden.

Auch die deutschen Gewerkschaften sollen zugelassen werden.

Bern, 8. Juli. Dem Generalrat des Allgemeinen Gewerkschaftsbundes wurde gestern vom Vorsitzenden mitgeteilt, daß sich der Verband gegen den Ausschluß der „feindlichen“ Vertreter erklärte und daß sich Vertreter von der Washingtoner Gewerkschaftskonferenz ins Mittel legten und an die Verbände in Frankreich, England und der Schweiz mit dem Antrag wandten, bei den Verhandlungen die Zulassung der „Feinde“ zu erwirken und andernfalls die Konferenz zu boykottieren. Frankreich und die Schweiz erklärten sich einverstanden, die englischen Gewerkschaften wollten bei ihrer Regierung vorstellig werden, falls diese auch noch nach dem Friedensschluß gegen die Zulassung der deutschen Gewerkschaften auftreten wollten.

Zivilarbeiter gegen Kriegsgefangene.

Bern, 9. Juli. Der Generalsekretär der Friedenskonferenz Dutka hatte gestern in Versailles eine längere Besprechung mit Delegierten Freiherren von Parsner über die Heimsendung der deutschen Kriegsgefangenen. Nach einer Information des „Temps“ werden die Kriegsgefangenen etappenweise heimbeordert, und zwar in der Weise, daß für je tausend deutsche Zivilarbeiter, die die zerstörten Gebiete wieder aufbauen sollen, die gleiche Zahl von Kriegsgefangenen in ihre Heimat entlassen wird.

Industrie und Handel.

Börse.

Die Börse zeigte über den bevorstehenden Austritt Bissells eine gewisse Befriedigung, da sie mit dem Zusammenbruch der Planwirtschaft rechnet. Die Tendenz war zunächst wenig einheitlich, besserte sich aber im späteren Verlauf. Lebhafteste Kaufbewegung zeigte sich am Markt der ausgeprägten Kasuapapiere, die meist kräftig anziehen konnten. Konstantwerte waren dagegen teilweise schwächer, auch Hardwerte waren überwiegend angeboten. Weizenpapiere, die schwächer anziehen, konnten im späteren Verlauf eine merkliche Steigerung erfahren. Am Kassa-Industrie- und Zementmarkt überwiegen Auskaufbewegungen. Deutscher Anleihen waren wenig verändert. Kriegsanleihen stellten sich auf etwa 79%.

Groß-Berlin

Passive Resistenz Groß-Berliner Gemeinden?

Die beschlossene Stellungnahme zum Gesetzentwurf Groß-Berlin, welche die Regierung fordert, stößt bei vielen Gemeinden auf entschiedenen Widerstand. Sie erklären, daß es nicht möglich sei, ihre recht erheblichen Einwendungen gegen die drohende Zentralisierung der Selbstverwaltung in so kurzer Zeit, also innerhalb vier Wochen, machen zu können. So hat der Wilmersdorfer Magistrat im Einvernehmen mit der Eingemeindungsdeputation der Regierung mitgeteilt, daß er erst bis September in der Lage sein werde, dem Ministerium des Innern seine Stellungnahme zu dem Gesetzentwurf zu unterbreiten. In gleicher Weise hat sich die Stadt Köpenick geäußert, die vier Wochen nachfrist erbeten hat. Wie wir hören, wollen die Gemeinden Groß-Berlins zusammenzutreten, um einen Beschluß zu fassen, nach welchem die Regierung ersucht wird, eine Nachfrist von mindestens drei Monaten zu gewähren.

Wir wollen hoffen, daß die Regierung diesem Ersuchen nicht nachgeben wird. Ebenso wie es dem Bürgerausschuß, der Berliner Vorortgemeinschafter, den sozialdemokratischen Gemeindevorsteher möglichst war, zu dem Entwurf Stellung zu nehmen, muß es auch den Stadtverwaltungen möglich sein. Diese ganze Lauffahrt müßte darauf hinaus, vorläufig Zeit zu gewinnen. Regierung, gib nicht nach!

Ueber die kommunale Zerrissenheit Groß-Berlins

machte in einer Bürgerversammlung in Köpenick der erste Bürgermeister Herr Behre recht interessante Mitteilungen. In Hand verlesener Botschaft gab er eine Schilderung des Wirtschaftsbereiches Groß-Berlin. Er schickte einige Bemerkungen über den Zweckerwerb und die Forderung nach einer anderen Regelung, die in letzter Zeit in Form eines Lastenausgleichs versucht wurde, voraus. Ein solcher Ausgleich sei notwendig infolge des Mißverhältnisses des Steuerfußes, das 100 Mk. pro Kopf in den einzelnen Gemeinden zugrunde liegt, in Neumarkt 183 Mk., in Köpenick 614 Mk. beträgt. Die Schulpflichtigen machen in Berlin 35,04 Proz. der Kommunalsteuer aus, in Charlottenburg 30,5, in Wilmersdorf 20,08, in Neukölln 76,56, in Lichterfeld 88,56, in Weißensee 94,70 Prozent. Dabei können die weislichen Vororte 180 Mk., die östlichen nur 80 Mk. pro Kopf aufwenden, ein Beweis dafür, daß der Osten Berlins den Ausgleich erstreben müsse und daß hier nur eine Finanzfrage vorliege. Die Zahl der kommunalen Casoswerte für Groß-Berlin betrage 28, davon in Berlin 6, die Elektrizitätswerke 15, davon in Berlin 4, die Wasserwerke 21, in Berlin 3; ferner 56 Hochhäuser und die Kiezfelder, die ausschließlich in der 15- und 20-Kilometerzone liegen. Das Verwaltungsgebiet des Zweckerwerbes umfaßt 333 Gemeinden und Gutsbezirke, die völlig wahllos zusammengelegt, von Norden nach Süden 119 Kilometer lang, von Osten nach Westen 68 Kilometer lang sind. Dagegen erstreckt sich die Prospektengemeinschaft auf 69 Gemeinden und Gutsbezirke, meist in der 15-Kilometerzone.

Stellungnahme zum Gesetzentwurf Groß-Berlin.

Die Berliner Vorortgemeinschafter im Kreise Teilho veranstaltete gestern Abend im Bürgeraal des Friedenauer Rathauses eine Versammlung von Vertretern der beteiligten Gemeinden und kommunalen Vereinen, in der zu dem Gesetzentwurf des Ministeriums des Innern über den Stabilitätsgesetz Groß-Berlin Stellung genommen wurde. Der Vorsitzende, Bürgermeister Walger, wies auf die Bemerkungen der VBS. zur Vereinheitlichung Groß-Berlins hin. Leider erfolgte der Entwurf der Regierung trotz aller Versprechungen nicht von diesen Anregungen und Wünschen der überwindenden Zahl der Groß-Berliner Gemeinden. Der Geschäftsführer der VBS, Assessor Sturm, sprach über das Schicksal der Selbstverwaltung im Gesetzentwurf des Ministeriums des Innern. Er übte an diesem Entwurf, der erstklassigste sei ein Vorentwurf sei, scharfe Kritik. Der Entwurf stelle nicht anders dar als eine gewöhnliche Eingemeindungsnotlage, verdrängt mit einigen deplatirten Anmerkungen. Die verprochene Dezentralisation sei mehr als kümmerlich und könne ein reges kommunales Leben, wie es jetzt in den Vororten blühe, unter keinen Umständen gewährleisten. Das Groß-Berliner Parlament würde überwiegend geschwehert, nicht verhalten tätig sein, während die Ausführung der Grundzüge und Richtlinien der bestehenden Beamten verbleibe. Das bedeute die vollkommene Bürokratisierung Groß-Berlins und die Vernichtung der Selbstverwaltung. Auch dem Magistrat Groß-Berlin, der als Ministerium zu bezeichnen sei, ständen keine Verwaltungsbehörden gegenüber. Bei den Vorschlägen des Gesetzentwurfs über die „Distrikte“ fehlte jedes Verständnis und Eingehen auf die besonderen drückenden Verhältnisse. Gemeinden, die wirtschaftlich zusammengehören und bereits durch freiwillige Verträge verbunden seien, wie Lichterfeld und Friedrichsfelde und Neukölln und Weis, würden auseinandergerissen; andere, die nichts gemein hätten, wie Köpenick und Weis, in einem Distrikt gewaltsam zusammengeschoben. Geradezu katastrophal sei es, daß für die einzelnen Gemeinden, in denen gegenwärtig Hunderte von Bürgern ehrenamtlich tätig seien, nur ein einziger Bezirksvorsteher übrig bleiben solle. Niemand könne die heutige umfangreiche und schwierige Tätigkeit der Bürgerschaft ersetzt werden durch die „Distriktsversammlung“ und die „Bezirksvorsteher“. Der im Gesetzentwurf zum Ausdruck gebrachte Gedanke der „Eingemeindung“ sei undurchführbar. Erfolg verleihe nur die sowohl vom Bürgerausschuß Groß-Berlin wie von der VBS. beschlossene Gesamtgemeinde, die eine Obergemeinde mit bestimmten Zuständigkeiten schaffe und den Vororten, die zu leistungsfähigen Stabgemeinden zusammengelagert werden sollen, ihre örtliche Selbstverwaltung lasse. Es müsse jetzt unter allen Umständen dahin gestrebt werden, daß den Gemeinden ihr kommunales Eigenleben gesichert werde.

In der sehr regen Aussprache traten lebhaft die Vertreter der sozialdemokratischen Parteien für den Gedanken der Einheitsgemeinde ein. Ihnen gegenüber wurde von mehreren Rednern, insbesondere dem Schöpfer Langner-Lichterfelde, betont, daß wie Berlin heute die schwerfällige Gemeindevormaltung sei, dies für das 4-Millionen-Groß-Berlin noch weit mehr zutreffen würde. Ohne weitestgehende Dezentralisation und Schaffung der Selbständigkeit großer Vorortgemeinden sei auch ein einheitliches Groß-Berlin undenkbar. Bürgermeister Walger betonte zum Schluß, daß die Vereinheitlichung Groß-Berlins im Sinne des Gesetzentwurfs des Ministeriums eine Verschlechterung und einen Abstieg von der jetzigen Höhe kommunaler Arbeit und Leistungsfähigkeit bedeuten würde.

Zu dem Verbrechen in der Köpenicker Straße wird mitgeteilt, daß die weiteren Nachforschungen der Kriminalpolizei immer

mehr dafür sprechen, daß es sich um einen geplanten Raubmord handelt, der nur durch die Anwesenheit der Verkäuferin, mit der der Mörder nicht gerechnet hatte, vereitelt worden ist. Die Gegenüberstellung eines Mannes, auf den die Beschreibung passen konnte, hat ergeben, daß dieser für die Tat nicht in Frage kommt. Weitere Zeugen, die den Flüchtigen mit der Frau mit bestanden Kleidung gesehen haben, haben sich noch nicht gemeldet. Die Untersuchung der Kleidungsstücke, die gestern vormittag einem Produktenhändler in der Lauter Straße verkauft worden sind, hat ergeben, daß sie mit dem Verbrechen nicht in Zusammenhang stehen. Den Mörder wird jedoch irgendwie verhaften, die betrüblichen Kleidungsstücke zu säubern oder heilsame zu schaffen. Wahrscheinungen dieser Art sind für die Aufklärung der schmerzlichen Missetat von besonderem Interesse.

Auf einen Kindermord läßt ein Hund schließen, der gestern nachmittag an der Barwalderstraße gemordet wurde. Ein Schullehrer landete dort aus dem Landwehrkanal die Leiche eines neugeborenen Mädchens. Die Kriminalpolizei beschlagnahmte die kleine Leiche und ließ sie nach dem Schauhaufe bringen.

Zu einer Schießerei, bei der ein Polizeiwachtmann schwer verwundet wurde, kam es in der vergangenen Nacht am Gendarmenmarkt. Kurz nach 2 Uhr wurde beobachtet, daß Einbrecher dort in das Orientreppichhaus von M. Weigenberger und Söhne eingedrungen waren. Von dem benachrichtigten 88. Polizeiwachtmann erschienen bald darauf mehrere Polizeibeamte, um die Verbrecher zu stellen. Als sie jedoch das Grundstück absuchten, waren die Einbrecher bereits mit einem Teil der Beute verschwunden. Diese hatten sie, weil sie sie nicht mehr fortbringen konnten, in dem Gehäus des Gendarmenmarktes versteckt. Als nun die Beamten hier 6 Leppiche entdeckten, erhielten sie plötzlich mehrere Schüsse, die von versteckt stehenden Einbrechern auf sie abgefeuert wurden. Ein Schuß traf den 50 Jahre alten Polizeiwachtmann Plaumann in die linke Hüfte und verletzte ihn schwer. Trotzdem sich die anderen Beamten sofort auf die Suche nach den Schützen begaben, gelang es ihnen nicht, diese ausfindig zu machen. Die Verletzung des Wachtmannes ist sehr bedenklich.

Eine Rückwärtsleistung von der Landesversicherung ist es, nämlich Hunderte von Personen zur jährlichen Klinik hinzubestellen, damit sie am Sonntag die Erfahrung machen, daß infolge des Beschlusses dieses Instituts geschlossen ist. Was es denn gar keinen Weg, dies der Öffentlichkeit vorher bekanntzugeben.

Wettbewerb Potsdamer Platz. Hier ist nicht vom Wettbewerb der Zimmerer auf dem Potsdamer Platzmarkt die Rede, sondern von dem alten Plan, den Platz künstlerisch zu gestalten. Entwürfe sind bis 1. Oktober einzureichen. Programme bei der Eisenbahndirektion zu haben.

Republikanischer Führer-Bund. Der Gründungsausschuß des republikanischen Führer-Bundes hat beschlossen, die für den 3. d. Mts. angekündigte Versammlung infolge des Verkehrsstreiks zu verschieben. Der Zeitpunkt, wann die Versammlung abgültig stattfinden soll, wird rechtzeitig bekanntgegeben.

Wilmersdorf. Die Kinderspiele werden in den Ferien täglich auf dem Spielplatz der Freien Turnerschaft in der Wilmersdorfer Straße (zwischen Fehrbellener und Oskarplatz) weitergeführt. Jeden Donnerstag von 4-8 Uhr Frei-Kaffee. Besprechung mitbringen! — Außerdem wollen wir die Genossen darauf hin, daß sich die 10- bis 14-jährigen Kinder an den fünf Tagen von Samstag bis Freitag jeder Woche an der Halbtags-Ferienwanderungen des hiesigen Jugendamts beteiligen können. Kinder erhalten außer freier Fahrt nachmittags und abends je eine beständige Stelle und Raststätte und abends 1/2 Liter Suppe. Köffel mitbringen! Treffpunkt mittags 1 Uhr am Hof der Gemeindehalle VII. Sabelberger Straße. Nur für diese Gruppe sind Extramittel bereitgestellt!

Groß-Berliner Parteinachrichten.

Vereinigung der sozialdemokratischen Beamten. Angeleitete und Hilfskräfte der Gemeindevorstände Groß-Berlins. Die Vertrauensleute wollen die nunmehr fertiggestellten Mitgliedslisten bei dem Genossen E. Hermann, Spandauer Str. 10, 3 Treppen, Zimmer 3, abholen. Tag der Sitzung der Vertrauensleute wird noch bekanntgegeben werden.

Gewerkschaftsbewegung

Tarifabschluss im Deutschen Portierverband.

In der Generalversammlung der Portiers, Fahrstuhlführer usw. berichtete Samahl über die Tarifverhandlungen. Der Tarifvertrag sei ein Werk, das in der Geldkassette des Verbandes fortleben werde. Die Verhandlungen seien unendlich schwierig gewesen, da die Grundbesitzer sich mit aller Macht dagegen wehrten. Es sind folgende Löhne festgelegt worden: Geschäftsinhaber: Hauswart 60 bis 88 Mk., Fahrstuhlführer 75-80 Mk., Fahrer 90-100 Mk., Fahrportier 95 bis 125 Mk. wöchentlich, für Wächter 220-270 Mk. monatlich; Wohnhäuser: Hauswart-Eigentum im Hauptberuf 320-360 Mk. monatlich, für Hauswart im einfachen Dienste 40-80 Mk. monatlich. Für Heizen der Dampfheizung, Reinigung der Treppenhäuser mit Dedern usw. werden entsprechende Vergütungen gezahlt. Urlaub werden im 1. Jahre 8 Tage gewährt, steigend auf 12 Tage nach 10 Jahren. Alle im Tarifvertrag genannten Arbeitskräfte dürfen nur vom paritätischen Arbeitsnachweis der Stadt Berlin entnommen werden. Bezüglich sei es, daß die Grundbesitzer verstanden, die Kriegsbeschädigten geringer zu entlohnen. Der Tarifvertrag gelte ab 1. Juli rückwirkend. In der Diskussion kam zum Ausdruck, daß der Vertrag zwar nicht in allen Punkten zulage, man denselben aber als Erfüllungswerk annehmen könne. Der Vertrag könne nur eine Etappe auf dem Wege zur Erlangung besserer Arbeitsbedingungen sein. Besonders die Kollegen des Bestens wandten sich gegen den Tarifvertrag, da derselbe nicht den Wünschen entspreche. Hierauf gelangte der Tarifvertrag gegen zwei Stimmen zur Annahme. Es wurde dann nach längerer Debatte die bisherige Verhandlungskommission als Schlichtungskommission gewählt. Zum 1. Schriftführer wurde Engel, zum 2. Kassier und als Redaktor Feuerbach gewählt.

Werkmeisterverband für das hiesige Tuchfabrikverder. Genossen, den 12. d. Mts., im „Schultheiß“, Neue Jakobstr. 24/25: Generalsammlung.

Generalverband der Film- und Kinoangehörigen Deutschlands. Die für Sonntag, den 6. Juli, angelegte und wegen des Verkehrsstreiks verlagerte Verammlung findet nunmehr bestimmt am Sonntag, den 13. ds., vormittags 9 Uhr, im großen Saal des Generalschultheißhauses, Engelstr. 15, statt. — Eintritt nur gegen Mitgliedskarte.

Vollzugsdienst der Verwaltungen. Sitzung: Donnerstag, 9. Juli, abends 8 Uhr, in den Zellen 2.

Aus aller Welt.

Der Kanalstunnel.

Amsterdam, 8. Juli. „Telegraaf“ meldet aus London, daß in einer Versammlung von Mitglieder des englischen Parlaments beschlossen wurde, bei der Regierung darauf zu dringen, daß sie wegen des Kanalstunnels zu einem Entschluß komme. Es heißt, daß 800 Abgeordnete und Lloyd George selbst für den Bau des Tunnel sind.

Bremer Dampfer Waduh gestrandet.

Kopenhagen, 8. Juli. (Eigener Drahtbericht des „Vortvört“.) Der Bremer Dampfer Waduh, auf der Reise von Tönning, strandete gestern Abend im Rebel westlich Slangen. Motorschiffe veruchten vergeblich, ihn wieder flott zu machen. Heute morgen kommt ein Bergungsdampfer zur Strandungsstelle.

